

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

BEZIRK  
HESSEN-NORD

SPD

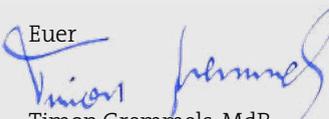


FOTO: BÜRO GREMMELS

## Liebe Genossinnen, liebe Genossen.

der erste Wahlgang zur Findung einer Doppelspitze für den SPD-Vorsitz ist ausgezählt. Das von der nordhessischen SPD ins Rennen geschickte Team Christina Kampmann und Michael Roth hat es leider nur auf den dritten Platz geschafft. Ich möchte ihnen im Namen der SPD Hessen-Nord für ihre Bereitschaft, der deutschen Sozialdemokratie vorsitzen zu wollen, danken. Sie waren das erste Team auf dem Platz und mussten nicht erst gebeten werden. Mit ihrer Kampagne unter den Motto ‚Herz und Haltung‘ haben sie deutlich gemacht, wie eine moderne zukunfts-gewandte SPD aussehen könnte. Christinas und Michaels Themenschwerpunkte wie echte Gleichstellung, mehr Europa, die Arbeitswelt von morgen gestalten und ihre klaren Vorstellungen zur Reform der SPD waren überzeugend. Mit Leidenschaft, Witz und Dynamik haben die beiden in den letzten vier Monaten gekämpft. Der dritte Platz zeigt, dass Christina und Michael dabei den Nerv vieler Mitglieder getroffen haben. Als nordhessische SPD können wir stolz darauf sein, mit unserer Nominierung der Partei dieses Personalangebot gemacht zu haben. Für die nächste Runde im Mitgliederentscheid der SPD zwischen den Duos Geywitz/Scholz und Esken/Borjans erwarte ich eine faire und sachliche Auseinandersetzung insbesondere zwischen den jeweiligen Unterstützer-Teams.

Am Freitag, dem 29. November ab 17 Uhr in der Stadthalle Baunatal verleiht die nordhessische SPD wieder ihren Ehrenamtspreis. Damit wollen wir schon traditionell das breitgefächerte ehrenamtliche Engagement in unserer Region auszeichnen. In diesem Jahr hat sich der SPD Bezirk für den Schwerpunkt „Umwelt und Energie“ entschieden. Damit wollen wir zeigen, dass dieses sehr aktuelle Thema häufig bereits seit Jahren im Ehrenamt eine große Rolle spielt. Viele der Vereine setzten sich vor Ort für eine intakte Umwelt und nachhaltige Energieerzeugung ein. Wir wollen vorbildliches Engagement in diesem Bereich auszeichnen und würden uns über rege Teilnahme freuen. ■

Euer  
  
 Timon Gremmels, MdB  
 Bezirksvorsitzender



Die Vorstellung der Kandidatenpaare für die Parteispitze traf auf großes Interesse in der prall gefüllten Baunataler Stadthalle. FOTO: ELFI HEUSINGER V. WALDEGGE

## ÜBER 900 NORDHESSEN BEI REGIONALVERANSTALTUNG

### Enormer Zulauf bei Kandidatenvorstellung

**M**it über 900 nordhessischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hatte die Veranstaltung des SPD-Bezirks zur Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber für den Parteivorsitz in der Stadthalle in Baunatal enormen Zuspruch.

Unter dem Motto „#UnsereSPD - Die Tour“ stellten sich die bis dahin verbliebenen sieben Bewerberpaare für die Doppelspitze den Genossinnen und Genossen vor, unter ihnen auch das vom Bezirk Hessen-Nord nominierte Paar Michael Roth und Christina Kampmann.

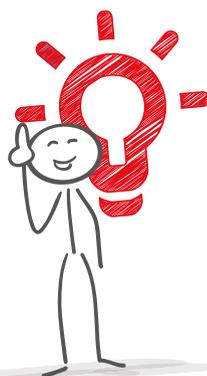
Die Teams erläuterten, ihre Ideen für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Gemeinsam mit den Besucherinnen und Besuchern der Regionalveranstaltung debattierten sie über die besten Ideen für die Zukunft unserer Gesellschaft und der Sozialdemokratie. Dabei ging es um die künftigen politischen Schwerpunkte der SPD. Fragen, wie sich die Partei künftig inhaltlich aufstellen sollte, wie die innerparteiliche Willensbildung vorangetrieben werden und wie letztere besser in politisches Handeln transformiert werden kann, wurden erörtert.

Der große Schlussbeifall bestätigte, dass das Veranstaltungsformat gut angekommen ist. ■

## Zahlst Du den richtigen Beitrag?

**Eine starke Organisation hat starke Mitglieder.  
Starke Mitglieder zahlen einen Beitrag entsprechend ihrem Einkommen.  
Wir bitten Dich, einmal Deinen Beitrag zu überprüfen.**



Die folgende Tabelle hilft Dir bei der Einschätzung deiner Beitragsstufe:

bis 1.000 €	bis 2.000 €	bis 3.000 €	bis 4.000 €	über 4.000 €
5,-	7,50 - 15 - 20 €	25 - 30 - 35 €	45 - 60 - 75 €	100 - 150 - 250 €

Für Mitglieder ohne Erwerbseinkommen, ohne Pensionen, ohne Renteneinkünfte oder ohne vergleichbare Einkommen sowie Gastmitglieder beträgt der monatliche Mitgliedsbeitrag 2,50 Euro. Ansonsten beträgt der Mindestbeitrag 5,- Euro

Du willst Deinen Beitrag anpassen? Das geht online unter [spd.de](http://spd.de) im Mitgliederbereich, in Deiner UB-Geschäftsstelle oder via E-Mail an [bezirk.hessen-nord@spd.de](mailto:bezirk.hessen-nord@spd.de) sowie telefonisch unter 0561 700 10 11.



**Für eine starke SPD in Nordhessen!**

## DIE REGION NORD-OST-HESSEN BRAUCHT KALI & SALZ

SPD Nordhessenrunde zu Besuch am Monte Kali

**Z**u einem Ausflug mit Aussicht trafen sich zuletzt Vertreterinnen und Vertreter der SPD-Nordhessenrunde sowie der Thüringer und Hessischen Landes- und Kommunalpolitik bei K+S am Standort in Heringen. Bei einem transparenten Austausch informierten sie sich über die aktuellen Umwelt- und Erweiterungsprojekte des Unternehmens an diesem Standort.

Beim Vortrag des Werksleiters Martin Ebeling wurde klar, dass der Fokus des Unternehmens auf margenstarken Produkten wie Kali-Düngemittel, Auftau- und Industriesalz liegt, der Umweltschutz dabei aber keinesfalls unbeachtet bleibt. „Wir müssen jederzeit beides unter einen Hut bringen.“ So treibe man vor allem die Ablagerung von konzentrierten Salzabwässern unter Tage voran, um Ableitungen in die Werra in Zukunft komplett einstellen zu können. „Die Umweltauswir-

kungen sollen auch weiterhin minimiert werden“, so Ebeling. Ein weiterer Punkt auf dieser Liste ist die Begrünung der Abraumhalden. Regenwasser, das auf den Salzbergen niedergeht, würde mithilfe von Pflanzen zu 80 Prozent verdunsten, statt komplett als gesättigte Salzlösung im Boden zu versickern. Knut John zeigte sich positiv überrascht: „Es war mir so nicht bewusst, dass Umweltschutz bei K+S einen so hohen Stellenwert hat.“

Auch das Thema Beschäftigung in der Region nahmen die Anwesenden gemeinsam mit den Verantwortlichen von K+S in den Fokus. „Rund 16.000 Menschen profitieren firmenübergreifend vom Unternehmen“, teilte Ebeling mit. Vom einzelnen Arbeitnehmer bei K+S selbst, bis hin zu Lieferanten aus der Region. Wolfgang Decker, Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Kassel – Ost, fand deutliche Worte: „Die Region Nord-Ost-Hessen



braucht Kali & Salz, weil eine ganze Region davon lebt und vielen Menschen Arbeit und Lohn gibt.“ Im Anschluss an den offenen Austausch führte der Leiter des Abwassermanagements Thomas Schmidt die Besucherinnen und Besucher über das weitläufige Gelände des Standortes Heringen – inklusive Ausblick aus luftiger Höhe vom Monte Kali. Knut John: „Ich bin sehr beruhigt nach unserem Besuch nach Hause gefahren. K+S ist ein Juwel für die Region.“ ■

**Besichtigten das K+S-Werksgelände in Heringen: Vertreter der Werksleitung, der SPD Thüringen und die Mitglieder der SPD-Nordhessenrunde.**

FOTO: THOMAS GIESE  
TEXT: STEFANIE RICHTER

## SPD FORDERT KULTUSMINISTERIUM ZUM HANDELN AUF

Knut John MdL: Hessen ist von Unterrichtsgarantie meilenweit entfernt

**J**eden Tag fällt an den hessischen Schulen Unterricht aus. „Das ist eine Tatsache und hat mit Konzept „Verlässliche Schule“ rein gar nichts zu tun“, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Knut John. Statt endlich zu handeln und die wahren Zahlen zu präsentieren, müsse das Kultusministerium erst wieder ein Konzept erarbeiten, was den Unterrichtsausfall erfasse. „Andere Bundesländer bekommen das definitiv besser hin als wir hier in Hessen. Die Landesregierung versteht aber leider nicht, dass wir eine schnelle und effektive Lösung brauchen,

um die Zukunft junger Menschen und die Bildungschancen künftiger Generationen zu sichern“, kritisierte John das zögerliche Handeln des Kultusministeriums.

Von der einst versprochenen Unterrichtsgarantie sei man meilenweit entfernt, wenn man einen Blick in Hessens Schulen werfe, kritisierte John, der sich auf die Umfrageergebnisse von Landes- und Bundeselternvertretung und Landeselternbeirat stützt. „Die vorgelegten Zahlen sprechen für sich – und ich bin mir ziemlich sicher, dass der Unterrichtsausfall aufgrund des akuten Lehrermangels weiterhin steigen

wird“, so John.

Das sächsische Kultusministerium zum Beispiel mache seine Hausaufgaben sehr gut. „Hier wird alles genau dokumentiert und zugänglich für die Öffentlichkeit gemacht. In Hessen hingegen herrscht völlige Ahnungslosigkeit. Das können und wollen wir nicht weiter hinnehmen“, forderte John die Landesregierung zum Handeln auf. Er erhofft sich dadurch mehr Unterstützung für die Schulen – und am Ende ausreichend Lehrer, die einen qualifizierten Unterricht garantieren können. ■



Knut John MdL.

FOTO: BÜRO JOHN

## AN GRUNDSCHULEN WIRD DIE BASIS FÜR EINEN ERFOLGREICHEN BILDUNGSWEG GELEGT

Manuela Strube zu 100 Jahre Grundschule

**I**n diesem Jahr wird die Institution Grundschule 100 Jahre alt, der Grundschulverband feiert seinen 50. Geburtstag. Die SPD-Landtagsabgeordnete und Bildungspolitikern Manuela Strube gratulierte dem Verband.

Strube sagte: „Ich freue mich, dass mit den beiden Jubiläen die Bedeutung der Grundschule in den aktuellen Fokus rückt und danke dem Grundschulverband und allen Lehrerinnen und Lehrern für ihren unermüdeten Einsatz.“

Insbesondere die Grundschulen und die Grundschullehrkräfte legten die Basis für selbstständiges und selbstverantwortliches Lernen und für eine erfolgreiche Bildungsarbeit in den weiterführenden Schulen. Genau dies stehe auch in der Weimarer Reichsverfassung, mit der die Grund-

schule 1919 als eigenständige Schulform aus der Taufe gehoben worden sei. Schule vom Kind aus denken, ihm die Welt zu eröffnen und es mit grundlegender Bildung an wissenschaftliche Denkweisen heranführen – sei damals wie heute das didaktische Prinzip in der Grundschule als Schule für alle Kinder eines Wohnbezirks, die diesen die gleichen Chancen biete.

„Die hessischen Grundschulen leisten heute eine wertvolle Arbeit und sind ein unverzichtbarer Bestandteil der frühkindlichen Bildung“, so Strube. Trotz der besonderen Verantwortung, die Grundschullehrkräfte für den Bildungsweg hätten, trotz der höheren Stundenverpflichtung und trotz der gestiegenen Anforderungen durch Heterogenität, Ganztagsangebote oder Integration, ver-

dienten sie immer noch weniger als Lehrkräfte anderer Schulformen. Das sei nicht nur angesichts des eklatanten Mangels an Grundschullehrkräften ungerecht. Es zeige auch, dass sich die Wertschätzung, die ihnen von Seiten der schwarzgrünen Landesregierung entgegengebracht werde, auf Sonntagsreden beschränke.

„Wir brauchen mehr Grundschullehrkräfte für unsere Schulen und eine gerechte Bezahlung. Schwarzgrün darf nicht warten, bis der Zug abgefahren ist und die anderen Bundesländer besser bezahlen, sondern muss jetzt aufspringen. Es gibt viele Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Grundschullehrberufs. Die Besoldung mit A 13 wäre eine, die vor allem gerecht und nachvollziehbar im Jahr 2019 ist“, sagte Manuela Strube. ■



Manuela Strube MdL

FOTO: BÜRO STRUBE

## FULDAER ROSE 2019 FÜR HILDEGARD HAST

### Engagierte Frauenrechtlerin ausgezeichnet

**D**er SPD-Stadtverband Fulda hat beim traditionellen „Markt der Möglichkeiten“ die Fuldaer Rose für Zivilcourage an die ehemalige Frauenbeauftragte der Stadt Fulda Hildegard Hast verliehen. Sie erhielt die „Rose“ für ihr Lebenswerk, ihren beruflichen und ehrenamtlichen Einsatz für die Umsetzung von Frauenrechten. Viele Vereine, Verbände und Initiativen stellten auf dem 28. Markt der Möglichkeiten ihre Arbeit vor. Ehrengast war in diesem Jahr die stellvertretende SPD-Bezirksvorsitzende Martina Werner.

Höhepunkt der Veranstaltung war die Verleihung der Fuldaer Rose für Zivilcourage. Mit dem Preis zeichnen die Fuldaer Sozialdemokraten jedes Jahr Menschen aus, die sich um die Zivilcourage in Fulda verdient gemacht haben.

„Für dein teilweise steiniges Fuldaer Lebenswerk, für deine Hartnäckigkeit und Standhaftigkeit, für deine politische Pionierarbeit verleiht dir die SPD die Fuldaer Rose 2019“, begründete Edith Bing vom Stadtverband Fulda in ihrer Laudatio die Preisvergabe.

Bing beschrieb, wie Hast sich stark gemacht habe für Frauen, durch die Forderung nach konsequentem Ausbau der Kitas, Krippen und Horte. Viel sei erreicht worden seit der Einrichtung des Frauenbüros im Jahr 1990. Aber es sei noch Luft nach oben, etwa bei den Themen Frauen in der Politik oder in Führungspositionen in der Verwaltung.

Auf dem Markt der Möglichkeiten präsentierten sich in diesem Jahr insgesamt 34 Vereine und Verbände, Gruppen und Organisationen aus dem Bereich Soziales und Arbeit in der Fuldaer Orangerie. Viele Besucher nahmen die Möglichkeit wahr, Kontakte zu knüpfen und sich über soziale Themen zu informieren. Alle hatten Gelegenheit sich der stellvertretenden SPD-Bezirksvorsitzenden Martina Werner vorzustellen, die sich für jeden einzelnen Stand viel Zeit nahm.

„Zivilcourage, das ist das, was wir in der heutigen Zeit mehr denn je brauchen“, unterstrich Werner in ihrem Grußwort gleich zu Beginn der Veranstaltung. Sie blickte zurück in die Vergangenheit, als Marie Juchacz als erste Frau in ei-



nem deutschen Parlament sprach. Die Einführung des Frauenwahlrechts sei der „Anfang vom Ende der Männerherrschaft“ gewesen.

SPD-Unterbezirksvorsitzende Sabine Waschke ging in ihrer Rede auch auf die aktuellen weltweiten Schülerproteste ein. „Sie haben erkannt: es geht um ihre Zukunft“, und Preisträgerin Hildegard Hast fügte hinzu: „Vertrauen wir auf den Impuls der Kinder und lernen wir von ihnen auf dem Weg, der beim Gehen entwickelt werden muss“. ■

**Die stellvertretende SPD-Bezirksvorsitzende Martina Werner überreicht die Fuldaer Rose 2019 an Hildegard Hast.**

FOTO: RALPH LEUPOLT

## OLIVER KOHLHUND IST NEUER AFA-BEZIRKSVORSITZENDER

### AfA fordert zukunfts-feste Mitbestimmung

Unter dem Motto „Zukunfts-feste Mitbestimmung“ fand die dies-jährige Bezirkskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) Hessen-Nord in der Stadthalle in Melsungen statt.

Gastredner zum Thema Mitbestimmung war der AfA-Bundesvorsitzende Klaus Barthel.

Er wies in seiner Rede auf Faktoren hin, die die Mitbestimmung aushöhlen: Veränderungen auf dem Weltmarkt, Finanzströme, Investitionen, Digitalisierung und wirtschaftlicher Strukturwandel. Derzeit finde eine massive Umverteilung von Vermögen statt, unregelmäßige Arbeit nehme zu. Die Folge sei eine Machtverschiebung, weg vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Kapital. Dies führe zu Prekarisierung und Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt, verbunden mit Abstiegsängsten und Entsolidarisierung.

Auch Klimaschutz und Nachhaltigkeit verändern die Wirtschaft. Gerade mit Blick darauf müsse die Produktionsweise umgestellt werden. Hier sei die Mitbestimmung besonders wichtig. Sie sei ein wesentlicher Faktor bei der Regulierung der Arbeitswelt. „Die Menschen wollen Sicherheit, Selbstverwirklichung, Wertschätzung und Gerechtigkeit am Arbeitsplatz. Sie wollen Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, so Barthel. Die könne nur eine qualifizierte Mitbestimmung sichern. Er forderte, dass die paritätische Mitbestimmung ab einer Betriebsgröße von 500 Beschäftigten gelten muss, ab 250 Beschäftigten wenigstens die 2/3 Mitbestimmung quer durch alle Unternehmensformen.

Dies entspricht auch der Forderung der AfA nach einem neuen Leitbild gelebter Demokratie in der Arbeitswelt. Die Bezirkskonferenz verabschiedete einen



Leitantrag, der eine zukunfts-feste Mitbestimmung fordert.

Zum neuen Bezirksvorsitzenden der AfA Hessen-Nord wählte die Konferenz Oliver Kohlhund aus Trendelburg. Er folgt auf Ludwig Vogt, der für dieses Amt nicht erneut kandidierte.

Stellvertreter wurden Anja Möller (Kassel), Olaf Schüssler (Melsungen), Werner Sinning (Knüllwald), Ludwig Vogt (Kassel) und Ralf Wiegmann (Korbach).

Als Schriftführer gehört Christoph Vogel aus Korbach dem Vorstand an. ■

**Der neugewählte AfA-Bezirks-vorstand Hessen-Nord und der AfA-Bundesvorsitzende Klaus Barthel (rechts).**

FOTO: TIM HERBST

## PFLEGE: BESSERE LÖHNE UND ENTLASTUNG FÜR ANGEHÖRIGE

### Dr. Edgar Franke MdB

Der Bundestag hat zum einen das Pflegelohnverbesserungsgesetz und zum anderen das Angehörigen-Entlastungsgesetz beraten.

Damit schaffen wir die Grundlage für bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Mit dem Gesetz für bessere Löhne in der Pflege wollen wir ermöglichen, dass Pflegekräfte mehr verdienen. Dafür kommen zwei Wege in Frage: branchenweite Tarifverträge oder höhere Pflegemindestlöhne durch Rechtsverordnung, die auf Empfehlungen der Pflegekommission fußen. Für die Durchsetzung spürbarer Verbesserungen wäre die Erstreckung tarifbasierter Arbeitsbedingungen auf Grundlage des

Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (§ 7a A-EntG), d.h. also eine Tarifvertragslösung, die beste Variante. Das Verfahren nach dem AEntG wird unter Berücksichtigung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts und der großen Bedeutung der Religionsgesellschaften in der Pflegebranche angepasst.

Unser Ziel ist, dass es künftig Mindestlöhne differenziert nach Hilfs- und Fachkräften gibt und die Ost-/ West-Unterschiede beendet werden.

Ein Pflegefall in der Familie stellt Angehörige vor schwierige Herausforderungen. Das allein stellt eine emotionale, logistische und oft auch finanzielle Belastung dar. Pflegenden Angehörige

verdienen Respekt und vor allem auch Unterstützung. Darum hat sich die Koalition zum Ziel gesetzt, sie noch in dieser Wahlperiode finanziell zu entlasten.

Das Angehörigenentlastungsgesetz sieht vor, dass Angehörige künftig erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro vom Sozialamt in Anspruch genommen werden — und zwar in der gesamten Sozialhilfe. Bisher galt diese Regelung nur bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Für Angehörige von volljährigen Menschen mit Behinderungen, die Eingliederungshilfe nach dem Bundesteilhabegesetz erhalten, wird dieser sogenannte Unterhaltsrückgriff in Zukunft sogar vollständig wegfallen. ■



Dr. Edgar Franke MdB

FOTO: BÜRO FRANKE

## GLÜCKWUNSCH!

**Wilhelm Schönen** aus Korbach zum 101. Geburtstag

**Elisabeth Stangor** aus Fulda  
**Ursula Bredow** aus Kassel zum 100. Geburtstag

**Albert Ziegler** aus Hessisch Lichtenau  
**Heinrich Gumbel** aus Wabern  
**Heinrich Losekam** aus Stadtallendorf  
**Fritz Meier** aus Wolfhagen  
**Lisa Weingarten** aus Körle  
**Maria Vater** aus Kassel  
**Karl Humburg** aus Immenhausen  
**Werner Wiegand** aus Immenhausen  
**Gertrud Hofmann** aus Baunatal zum 95. Geburtstag

**Kurt Kümmel** aus Baunatal  
**Waldemar Heßler** aus Borken zu 60 Jahren Parteimitgliedschaft ■

## GERECHTE GRUNDSTEUERREFORM!

Die im Rahmen der Grundsteuerreform nötige Bewertung von Grundstücken mit und ohne Bauten muss selbstverständlich gerecht und nachvollziehbar geschehen. Es wundert allerdings schon, dass das, was vor 50 Jahren ohne digitale Erfassungs- und Rechenmaschinen erledigt wurde, im digitalen Zeitalter nicht möglich sein sollte. Die Daten liegen meisthin bei den Finanzämtern vor und Bodenrichtwerte werden auch allenthalben gesammelt. Sie müssen eben nur genutzt werden“, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Torsten Warnecke.

Hintergrund ist, dass das Bundesverfassungsgericht erklärt hatte, dass die Bemessungsgrundlage aus dem Jahr 1964 überholt sei und eine Gleichbehandlung verhindere. Das Gericht fordert eine Neuregelung bis Ende 2019.

„Dass wir jetzt unter einem gewissen

Zeitdruck stehen, hängt auch mit den Versäumnissen der Vergangenheit zusammen: Erinnert sei an Bundesfinanzminister Schäuble (CDU), der 2014 erklärte, er wolle sich beim Thema Grundsteuer keine blutige Nase holen – und nicht handelte“, so Warnecke.

Warnecke kritisierte auch die Haltung des Landes Bayern: „Worum es am Ende gehen muss: Wir brauchen eine bundeseinheitliche Regelung, in der es insgesamt nicht zu höheren Belastungen kommt. Die politischen Spielchen Bayerns sind da nicht hilfreich. Dass nun auch noch eine Grundgesetzänderung, mit all ihren Schwierigkeiten, vorgenommen werden muss, ist vornehmlich der bayerischen Landesregierung zu verdanken. Sie nämlich sträubt sich gegen eine bundeseinheitliche Bewertung des Grundbesitzes und beharrt auf ihrem Sonderweg.“ ■



Torsten Warnecke MdB

FOTO: BÜRO WARNECKE

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**

SPD-Bezirk Hessen-Nord  
Humboldtstr. 8 A  
34117 Kassel  
Fon 0561/7001013  
Fax 0561/7001088  
bezirk.hessen-nord@spd.de  
www.spd-hessen-nord.de